

Die Hietzinger Grünalternativen

Der Sozialstaat steht vor neuen Herausforderungen: immer mehr Menschen arbeiten in atypischen Beschäftigungsverhältnissen mit unzureichender sozialer Absicherung im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Alter. ZuwanderInnen, die hier arbeiten und ihren Lebensmittelpunkt haben, werden ungleich behandelt und sind teilweise von Sozialleistungen ausgeschlossen. Hunderttausende ältere Frauen haben keinen eigenständigen Pensionsanspruch. Gleichzeitig steigt die Armut - auch in einem reichen Land wie Österreich. Diese neuen, sozialen Probleme warten auf Lösungen.

Die Antwort der Bundesregierung auf die neue soziale Frage heißt wegschauen, ignorieren und Sozialleistungen kürzen. Die Arbeitslosigkeit ist zwar hoch wie nie zuvor, dennoch werden 2,6 Mrd. Euro aus der Arbeitslosenversicherung zur Budgetsanierung verwendet, den Arbeitslosen weggenommen!

Sozialstaat - Volksbegehren

JETZT unterschreiben!

Und statt das Sozialsystem auf eine solide finanzielle Basis zu stellen, verspricht die Regierung der Wirtschaft eine Lohnnebenkostensenkung, d.h. weniger Beiträge der Unternehmen zu den Sozialversicherungen! Zahlen dürfen dafür alle anderen, durch höhere Selbstbehalte, Ambulanzgebühren, Pensionskürzungen, Kürzungen beim Arbeitslosengeld etc.

Grüne Alternativen sehen anders aus. Wir wollen ein Sozialsystem, das auch jene auffängt, die bislang durch die Maschen des sozialen Netzes fallen: das grüne Modell dazu heißt Grundsicherung in allen Lebenslagen. Grundsicherung umfasst für uns Grüne jedoch mehr als nur finan-

zielle Leistungen. Grundsicherung bedeutet auch freier Zugang zu Bildung, und eine allen zugängliche Versorgung im Krankheitsfall, bei Arbeitslosigkeit oder im Alter. Die Grundsicherung ist finanzierbar: denn Österreich ist eines der reichsten Länder der Welt und wird auch jedes Jahr reicher. Es kommt nur darauf an, wie dieser Reichtum verteilt wird!

*Markus Koza
Grüner Bezirksrat in Wieden und
Alternativer & Grüner Gewerkschafter*

Auch der Bildung wegen

Ich unterschreibe das Sozialstaatsvolksbegehren, denn ein funktionierender Sozialstaat sorgt dafür, dass der Zugang zu Bildung Allen offen steht, Förderung im Vordergrund steht, ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen und Bildungsinhalte nicht ausschließlich auf wirtschaftliche Verwertbarkeit ausgerichtet werden. Bildung darf kein Privileg



EINTRAGUNGSLOKALE UND ÖFFNUNGSZEITEN des Volksbegehrens werden in den Wohnhäusern ausgehängt. Dazu jeden Freitag bis 5. April: Speakers Corners von 15-17 Uhr in 1010 Wien, Stock im Eisenplatz / U-Bahnstation Stephansplatz.

STIMMKARTEN sind am Magistratischen Bezirksamt oder Gemeindeamt persönlich mit Aus-

Sozialstaat Österreich
VOLKSBEGEHREN
**Eintragungswoche:
3. bis 10. April 2002**

weis oder schriftlich zu beantragen. Bei Wohnungswechsel nach dem 27. Februar bleibt das

Eintragungslokal des "alten" Hauptwohnsitzes zuständig.

UNTERSCHREIBEN DÜRFEN alle vor dem 1. Jänner 1984 geborenen österr. StaatsbürgerInnen. Jene, die bereits Unterstützungserklärungen zur Einleitung des Volksbegehrens abgegeben haben, müssen kein zweites Mal unterschreiben.

Infos: Tel. 0810 00 17 55 und <http://www.sozialstaat.at>

von Wenigen, die es sich leisten können, werden! Eine Errungenschaft des Sozialstaates ist auch, dass der Zugang zu Bildung für alle Menschen unseres Landes möglich ist, egal welchen finanziellen Hintergrund die Eltern oder die/der Betroffene haben.

Durch die Einführung der Studiengebühren durch die blaue Bundesregierung ist der offene Zugang zur Hochschulbildung nicht mehr gegeben. Die gesellschaftspolitischen Auswirkungen dieser unsozialen Maßnahme zeigen klar, welchen Weg die Bundesregierung eingeschlagen hat. Schon ohne Studiengebühren mussten mehr als ein Drittel der Studierenden neben dem Studium einer regelmäßigen Erwerbsarbeit nachgehen, um sich ihr Studium und ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Durch das Steigen der Studien-

kosten müssen nun noch mehr Studierende neben dem Studium (mehr) arbeiten, was zu einer längeren Studienzeit führen wird. Nur 13% aller Studierenden beziehen Studienbeihilfe. Bildung ist also zu einer Frage des Vermögens geworden und trifft vor allem junge Menschen, deren Familien über geringere Einkommen verfügen. Studiengebühren regulieren nicht nur den Hochschulzugang, sondern beeinflussen auch die Studienwahl. Diese orientiert sich vermehrt an der wirtschaftlichen Verwertbarkeit, individuelle Interessen und Talente rücken in den Hintergrund. Die Forderung nach Rücknahme der unsinnigen und unsozialen Studiengebühren ist ein Grund, das Sozialstaatsvolksbegehren zu unterschreiben.

Claudia Sommer-Smolik
Gemeinderätin

Endlich: Es gibt wieder eine Sozialkommission!

Bis zur BV-Wahl 1996 existierte in der Hietzinger Bezirksvertretung, wie in vielen anderen Bezirken auch, eine Sozialkommission. Nach den Wahlen wurde sie eingestellt – angeblich, so berichteten damalige BezirksrätInnen, “weil ihr die Themen ausgingen”. Susanne Frühwirth, Bezirksrätin der GA, bemühte sich jahrelang um die Wiedereinsetzung der Kommission. In der Bezirksvertretungssitzung am 20. Juni 2001 wurde mit einem grünen Antrag, den wir dann gemeinsam mit der SPÖ einbrachten, ein neuerlicher Vorstoß gestartet. Dieser Antrag wurde jedoch von ÖVP und FPÖ abgelehnt. Doch mittlerweile hat ein Umdenken eingesetzt und alle Fraktionen beschlossen in der BV-Sitzung am 20. Februar, eine “Gesundheits- und Sozialkommission” einzurichten.

Das ist ein Fortschritt, nachdem Bezirksvorsteher Gerstbach noch im September behauptet hat, in Hietzing gäbe es keine sozialen Probleme.

In der Sozialkommission, in der ich die Grünen vertreten werde, sollen auch Frauenthemen behandelt werden – daher möchte ich mich dafür einsetzen, dass das auch in der Bezeichnung der Kommission zum Ausdruck kommt, z.B. Frauen- und Sozialkommission. Am liebsten wäre mir allerdings, wenn wir eine eigene Frauenkommission hätten, so wie das im 6. Bezirk der Fall ist. Dort gibt es durch die Initiative der Grünen Bezirksrätin Isolde Zach eine Frauenkommission, deren Vorsitzende die Initiatorin ist.

Auf diesem Wege bitte ich alle Hietzingerinnen, teilen Sie mir Ihre Anliegen und Vorschläge mit. Je mehr Anträge mit frauenpolitischen Themen wir stellen, desto notwendiger wird die Einsetzung einer Frauenkommission.

Bezirksrätin Brigitte Roth

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wir Grünen rufen auf, das Volksbegehren “Sozialstaat Österreich” zu unterstützen.

Betrifft uns dies in Hietzing überhaupt? Ich glaube, dieses Anliegen ist eines, das weit über den Kreis der direkt von einem Abbau der sozialen Leistungen Betroffenen hinausgeht.

Die Lebensqualität einer Gesamtgesellschaft richtet sich danach, wie sie mit ihren schwächsten Gliedern umgeht.

Auch jemand, der in sozial gesicherten oder gar privilegierten Umständen lebt, geht gerne auf der Straße spazieren, ohne überfallen oder bedroht zu werden und schätzt den sozialen Frieden. Dieser wird leider zunehmend untergraben, indem Teile der Gesellschaft sozial an den Rand gedrängt werden.

Selbst wenn es einige wenige Einzelfälle geben mag, wo Leistungen zu Unrecht bezogen werden – ist dies nicht immer noch besser als ein Ausufer von Gewalt, Radikalismus und Nationalitätenkämpfe? Dass Österreich hier viel zu verlieren hat, zeigen die Beispiele in vielen Ländern, wo durch extreme Armut der Bevölkerungsmehrheit Konflikte und Kriminalität gestiegen sind.

Deshalb: Unterstützen Sie das Volksbegehren, auch in Ihrem eigenen Interesse!

Über Ihre Anregungen, Kritik und Reaktionen freuen wir uns. Sie erreichen uns per E-Mail unter hietzing@gruene.at. Wenn Sie regelmäßig per E-Mail Informationen aus dem Bezirk erhalten wollen, teilen Sie dies bitte mit, wir nehmen Sie dann in unseren Verteiler auf. Telefonisch erreichen Sie uns unter 4000/81 832. Neben dem E-Mail-Verteiler möchte ich Sie auch auf die grüne Bezirks-Homepage <http://hietzing.gruene.at> hinweisen, auf der Sie u.a. alle grünen Anträge in der Bezirksvertretung finden.

Die Treffen der grünen Bezirksgruppe finden an jedem 1. und 3. Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Gasthaus “Zum lustigen Radfahrer” in der Rohrbacherstraße 21 statt. Wir laden Sie herzlich ein, einmal vorbeizuschauen.

Gerhard Jordan
Klubvorsitzender



Tariferhöhung: Ein klares grünes NEIN!

Noch tun sich viele Menschen mit der Umstellung von Schilling auf Euro und mit den neuen Preisrelationen schwer. Die SPÖ will diese Tatsache nun ausnützen, um – wieder einmal – eine Tariferhöhung bei den Wiener Linien durchzusetzen. Im Vorjahr konnte diese ja noch abgewendet werden.

So soll etwa der Einzelfahrschein von 1,30 auf 1,50 Euro (also um umgerechnet 2,75 Schilling) teurer werden, die Jahresnetzkarte gleich um einen Wert von umgerechnet mehreren Hundert Schilling.

Argumentiert wird – wie immer bei solchen Erhöhungen – mit dem besseren Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln.

Wie sieht es aber in Hietzing tatsächlich aus?

- Anfang Mai 2001 kam es zu einer Dehnung der Intervalle der Linie 60 zur Schulspitze an Wochentagen von 3 auf 3 ¼ Minuten;
- Seit Anfang Februar 2002 verkehrt die Straßenbahnlinie 58 von der Endstation Hummelgasse stadteinwärts nur noch alle 7 bis 8 Minuten statt in 6-Minuten-Intervallen.
- Auf Niederflurgarnituren für die Linie 60 müssen Fahrgäste nach wie vor warten, da kein Geld

für den Umbau des Betriebsbahnhofs Speising vorhanden ist;

- Anrufsammeltaxi-Systeme gibt es nach wie vor nicht, obwohl die Bezirksvertretung dies seit Jahren fordert (an der Grenze Hernals/Ottakring und in anderen Teilen Wiens gibt es übrigens bereits ein ASTAX).

Und wie unwillig die Wiener Linien manchmal selbst kleinen Verbesserungen gegenüber sind, zeigt die Antwort auf den grünen Antrag, in der U4-Station Hietzing zusätzliche Sitzbänke anzubringen. Auf dieser langen Station gibt es lediglich zwei kleine Sitzgruppen, obwohl (siehe Foto) in der langen Station ausreichend Platz wäre. Doch die Bänke würden "die Sicherheit gefährden".

Angesichts eines solchen Service kann es nur ein klares NEIN und Widerstand gegen die nicht nur verkehrspolitisch falsche sondern auch sozial ungerechte Tariferhöhung geben!

Doch die Grünen lassen es nicht bei Kritik bewenden: Wir haben ein alternatives Tarifmodell erarbeitet, das sozial verträglich ist und teilweise Senkungen beinhaltet. Wer sich dafür interessiert, kann dieses bei Gerhard Jordan im Grünen Rathausklub bestellen (Tel. 4000/81832).

Verkehrsproblem Westeinfahrt

Der Hietzinger Kai gehört zu den am meisten belasteten Straßenzügen des 13. Bezirks (ca. 30.000 KFZ pro Tag im Bereich Braunschweigasse). Nicht nur im Interesse der entlang der Westeinfahrt wohnenden Bevölkerung, sondern auch im Interesse der Verkehrssicherheit wäre eine Reduktion der erlaubten Höchstgeschwindigkeit von 60 auf 50 km/h wünschenswert. Ein entsprechender Antrag der Grünen wurde am 20. Juni 2001 in der Bezirksvertretung abgelehnt, obwohl es immer wieder zu Überschreitungen der NOx-Grenzwerte für Stickstoffdioxid bei der Messstelle Hietzinger Kai kommt.

In der Sitzung der Bezirks-Verkehrskommission am 12. Dezember empfahl auch der Verkehrsexperte DI Dr. Rosinak (Zitat: "Tempo 60 ist ein Relikt aus den Sechzigerjahren") neben anderen Maßnahmen wie etwa Informationsschilder für die AutolenkerInnen und Lärmschutzwände eine Geschwindigkeitsreduktion. Die anwesenden PolitikerInnen (zumeist Männer) von ÖVP, SPÖ und FPÖ standen diesem Ansinnen skeptisch gegenüber. Es wurden ihnen weitere fachliche Unterlagen zugesagt. – Hoffen wir, dass diese zu einer Meinungsänderung beitragen.

Ein weiteres Problem sind die EinpendlerInnen, die im Bereich des Wientals parken. Auch hier werden mehrheitlich traditionelle "rot-schwarze" Lösungen angestrebt: der Bau einer Volksgarage in Hietzing oder Ober Sankt Veit und einer Park & Ride-Anlage in Auhof. Wir Grünen glauben hingegen, dass es zielführender ist, die Westbahn zügig auszubauen und schon an den Stationen der Westbahn in Niederösterreich ausreichend Parkmöglichkeiten zu schaffen. Diese Maßnahme, kombiniert mit einer Parkraumbewirtschaftung entlang des Wientals in Hacking und Ober Sankt Veit, wäre eher im Stande, den einpendelnden Autoverkehr zu reduzieren und einem Teil der BezirksbewohnerInnen das Suchen von Parkplätzen zu ersparen.

U4-Station Hietzing: Höhere Tarife statt Sitzbänke für die Wartenden.





Zähflüssiger FußgängerInnenverkehr, weil das Schlosstor (kleines Bild) verschlossen ist.



Tor zum Schlosspark: Bitte aufsperrren!

Von der Kennedybrücke kommend wäre für FußgängerInnen - vor allem mit Kinderwagen - oder RollstuhlfahrerInnen der kürzeste Weg zu einem Eingang in den Schönbrunner Schlosspark durch dieses seit längerem gesperrte Tor. Geschlossen wurde das Tor aus Sparsamkeitsgründen. Da oft betont wird, wie hervorragend die Betriebsergebnisse der Schloss Schönbrunn Kultur- u. Betriebsgesellschaft seien, stellte die Grüne Alternative bereits im September 2001 den Antrag, dieses Tor wieder zu öffnen. Die umweltschonend mit Straßenbahn oder U-Bahn kommenden BesucherInnen des Schlossparks und Tiergartens müssen einen Umweg über die

stark befahrene Hietzinger Hauptstraße machen, obwohl wenige Meter vom U4-Aufzug entfernt dieses Eingangstor existiert.

Was außerdem vielen BesucherInnen von Schönbrunn negativ auffällt ist, dass leider tagsüber immer mehr PKW beim Haupteingang Am Platz mitten durch Kindergruppen und FußgängerInnen in den Park hinein- oder herausfahren. Dies ist zu überprüfen und abzustellen, nur unbedingt notwendige Fahrten für die BewohnerInnen oder die Bediensteten der Post sind zu genehmigen.

Ingrid Risha

Ampel Kennedybrücke: Kürzere Wartezeiten für die FußgängerInnen!

Unser Antrag auf zusätzliche Grünphasen für FußgängerInnen zur Querung der Straße Richtung Schönbrunn oder von dort kommend zur U-Bahn wurde angenommen. Es fand auch bereits eine Verkehrsverhandlung statt. Bei dieser wurde vereinbart, dass eine Halbierung der Umlaufzeit der Ampel von 100 Sekunden auf zweimal 50

Sekunden außerhalb der Spitzenzeiten überprüft wird und dem Finanzausschuss ein Kostenvoranschlag übermittelt wird. Wir hoffen auf baldige Umsetzung unseres konstruktiven Antrages.



Baumfällungen im

AnrainerInnen waren überrascht und erbost: Im ganzen Schönbrunner Schlosspark wurden im heurigen Winter Bäume gefällt. Die Bundesgartenverwaltung begründet dies damit, dass die Sicherheit von BesucherInnen des Parks durch herabfallende Äste morscher Bäume oder gar umstürzende Bäume gefährdet gewesen sei und dass andere Bäume erkrankt oder vom Borkenkäfer befallen worden seien.

Ein Lokalaugenschein vor Ort ergab: Überall im Park und auch in den angrenzenden Waldbereichen zerhackelte Wurzelstöcke oder abgesägte Stümpfe. Einige Bäume sind wohl morsch oder krank ge-



Neben
Gel

Reformvorschläge für Schönbrunn

Zwei grüne Vorschläge im Zusammenhang mit Schönbrunn seien hier erwähnt, die – obwohl sie leider keine Mehrheit in der Bezirksvertretung gefunden haben – dennoch verwirklicht werden sollten.

In einem in der BV-Sitzung am 5. Dezember 2001 eingebrachten Antrag sprachen wir uns gegen

eine weitere Vorverlegung der Sperrzeiten des Schönbrunner Schlossparks aus. Auch wenn kürzere Öffnungszeiten im Winter mit dem früheren Einbruch der Dunkelheit argumentiert werden, so ist nicht einsichtig, warum noch im Frühlingsmonat März die Tore um 17.30 Uhr geschlossen werden sollen. Leider stimmten ÖVP, SPÖ und LIF gegen dieses Anliegen.

Der zweite Antrag, dessen Zuweisung an die Verkehrskommission unverständlicherweise von SPÖ, FPÖ und Teilen der ÖVP abgelehnt wurde, betraf den Ausbau der derzeit im 15. Bezirk endenden Buslinie 57A zu einer "Kulturlinie" durch Verlängerung im Osten bis zum Museumsquartier und im Westen über das Technische Museum bis zum Schloss Schönbrunn.



Der 57A könnte zahlreiche Museen Wiens mit Schönbrunn verbinden.

Mahnmal auch in Hietzing

Vor einem Jahr, am 14. Mai 2001, stellte Grün-Bezirksrätin Ingrid Risha in der Bezirksvertretungssitzung den Antrag auf Errichtung eines Mahnmals für die vertriebenen und ermordeten Hietzinger Juden am Standort der ehemaligen Synagoge am Eck Eitelberggasse 22/Neue-Welt-Gasse. Dort befindet sich nämlich derzeit lediglich eine braune, kaum sichtbare Gedenktafel.

In der Kulturkommission wurde der Antrag diskutiert, lediglich die FPÖ argumentierte dagegen. So fanden es die Freiheitlichen z.B. als inakzeptabel, dass für die Errichtung eines solchen Mahnmals ein Parkplatz in der Neue-Welt-Gasse aufgelassen werden müsste. Die Kulturkommission hat die Diskussion vertagt, um u.a. Vertreter der jüdischen Gemeinde zu konsultieren. Über die konkrete Form des Mahnmals (Gedenkstein, Metallstele mit eingravierten Namen o.ä.) soll erst dann entschieden werden.

h Schönbrunner Schlosspark: *Muss das sein?*



dem Bundesbad wurden – weit abseits von Wegen – gleich mehrere Bäume entfernt

wesen, wie die Löcher oder dunklen Stellen an der Schnittfläche vermuten lassen. Doch scheinbar wurden auch jüngere und offensichtlich gesunde Bäume gefällt, und zwar durchaus nicht nur an den Wegen, sondern auch im Inneren von Grünanlagen und an Stellen, wo keine BesucherInnen anzutreffen sind wie etwa im Wäldchen beim gerade in Instandsetzung befindlichen Bundesbad (siehe Foto).

Bei allem Verständnis für die ab und zu notwendige Erneuerung von Wald- und Parkbeständen muss die Frage gestellt werden, ob das gewaltige Ausmaß der heurigen Baumfällungen wirk-

lich in dieser Form notwendig war bzw. ist.

Eine Anfrage in der letzten Bezirksvertretungssitzung ergab, dass zwischen dem 1. Jänner und dem 15. Februar 2002 im Bereich Schönbrunn 88 Bäume gefällt wurden, davon 44 im eigentlichen Schlosspark, 43 im Waldbereich und einer im Botanischen Garten. Im Vergleichszeitraum der letzten Jahre waren es zumeist wesentlich weniger, so etwa 23 im Jahr 1999 und 25 im Jahr 2001.

Es stellt sich die Frage, ob eine solche Menge wirklich gerechtfertigt ist, zumal bei Sturmgefahr schon jetzt blinkende Hinweistafeln zur Warnung eingesetzt werden.

Was wird aus der "Stadt des Kindes"?



Das Areal der ehemaligen
"Stadt des Kindes" in Weidlingau
an der Grenze zum 14. Bezirk.

Die sogenannte "Stadt des Kindes" in Weidlingau, an der Grenze des 14. Bezirks zu Hietzing (Mühlbergstraße 7/Hofjägerstraße) westlich des Auhof-Centers gelegen, wurde 1969-74 von Architekt Anton Schweighofer errichtet. Im Zuge der Heimreform 2000 wurden die bisher dort untergebrachten Kinder und Jugendlichen auf WG's und Wohnungen aufgeteilt, wodurch das Areal nunmehr leer steht.

Ende Jänner 2002 wurde von der Stadt Wien, die das Areal verkaufen will, eine Ausschreibung für einen Wettbewerb über die Nachnutzung gemacht. Die Sport- und Freizeitanlagen sollen öffentlich zugänglich bleiben, der soziale Anspruch soll gewahrt bleiben (z.B. durch generationenübergreifendes Wohnen). Obwohl "realpolitisch" nicht relevant, gehören die Sportanlagen und ein Teil der Grünflächen geografisch zu Hietzing. Dadurch ist auch Bezirksvorsteher Gerstbach in der Jury vertreten.

Unsere grüne Position:

Ein zukünftiger Investor sollte sicherstellen, dass

- eine Zugänglichkeit des öffentlichen Teiles des Areals erhalten bleibt;
- die Sportanlagen weiterhin für Schulklassen und Sportvereine

ohne besondere Entgeltserhöhungen benutzbar bleiben;

- ein renoviertes Hallenbad auch weiterhin für die Bevölkerung der Region und vor allem für die Jugend und einkommensschwächere Familien ohne besondere Preisbarrieren zugänglich bleibt;
- und weitere soziale bzw. kulturelle Einrichtungen wie z. B. Restaurant, Jugendtreffpunkt u.a. geschaffen werden.

Die Tatsache, dass es in Hietzing kaum jugendkulturelle Einrichtungen

gibt und laut letzter Volkszählung viele junge Menschen aus dem Bezirk wegziehen, oder auch der weite Weg für die BewohnerInnen von Hacking zum Hietzinger Hallenbad lassen die Bedeutung der "Stadt des Kindes" für den 13. Bezirk erahnen.

Zwei Voraussetzungen sind allerdings dafür zentral:

- Die Stadt Wien darf sich nicht aus ihrer (auch finanziellen) Verantwortung stehlen und das Areal ohne jegliche Auflagen an den Bestbieter verkaufen. Welche Konsequenzen mangelnde Mitsprache der Öffentlichkeit bei privaten Projekten hat, zeigt sich an zahlreichen Beispielen im Bezirk (ehemaliges Länderbankgebäude Lainzer Straße/Hietzinger Hauptstraße usw.).
- Und es muss eine bessere Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Hietzing aus geben. Eine Intervallverkürzung der von der U4-Endstelle Hütteldorf nach Auhof fahrenden Buslinien 150 und 151 ist hier an erster Stelle zu nennen. Ein diesbezüglicher Grün-Antrag wurde von der Hietzinger Verkehrskommission an diejenige des Bezirks Penzing zur Behandlung weitergeleitet.

Gerhard Jordan

Lokale Agenda 21: Macht Hietzing mit?

Die "Lokale Agenda 21", deren Entstehen auf die Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen im Rio (1992) zurückgeht, beinhaltet die Schaffung von Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene durch eine Verbindung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Zielsetzungen unter bewusster Einbeziehung der BürgerInnen vor Ort. Im 9. Bezirk läuft eine solche Initiative seit 1998 sehr erfolgreich. Trägerin des Prozesses ist die Volkshochschule, und Hunderte BürgerInnen haben an Projekten zur Verbesserung der Lebensqualität im Alsergrund mitgearbeitet (eine Dokumentation über die Aktivitäten schicken wir Ihnen auf Wunsch zu, Tel. 4000/81832).

Ein grüner Antrag in der Dezember-Sitzung der Bezirksvertretung, die nötigen Schritte zu setzen, damit die "Lokale Agenda 21" auch in Hietzing eingeleitet und durchgeführt werden kann, wurde der Planungskommission zugewiesen. Diese und in der Folge die Bezirksvertretung muss nun entscheiden, ob der 13. Bezirk dem positiven Beispiel des 9. folgen wird.

Von "Schandflecken" und Versäumnissen

Einiges muss getan werden, um das Erscheinungsbild Hietzings freundlicher zu machen. Ein paar Beispiele:

Gloriettegasse: Dort steht, gleich am Anfang des Katharina-Schratt-Parks, eine hässliche "Doppel-Peitschenlampe", ganz in der Nähe von zwei Häusern aus der Zeit kurz nach 1900. Unser Antrag auf eine ortsbildgerechtere Beleuchtung, z.B. durch einen Kandelaber, wurde dem Finanzausschuss zugewiesen.

Ehemaliges Länderbankgebäude: Vor diesem Gebäude in der Lainzer Straße 2, dessen Dach und Fassade aus den 1970er-Jahren einen heruntergekommenen Eindruck macht, befindet sich ein Platz, der als "Schandfleck" auf einem der zentralen Plätze des Bezirks angesehen werden muss. Leider befindet sich das Gebäude in Privatbesitz und es findet sich kein Käufer, was der Grund für die Verwahrlosung ist.

Harta-Haus: Dieses Haus in der Feldmühlgasse 12 soll, so hat es die SPÖ im Gemeinderat beschlossen, doch abgerissen werden, obwohl es einen auf grüne Initiative zu Stande gekommenen einstimmigen Beschluss der Hietzinger Bezirksvertretung gibt, der dessen Erhaltung und Sanierung fordert. Damit wird eine Chance bei der Gestaltung des Umfelds der "Klimt-Villa" vertan.

Julien-Hof: Dieses schöne Gebäude in der Lainzer Straße 147 verfällt langsam und war Gegenstand einer grünen Anfrage. Eine Sanierung scheitert ebenfalls an Eigentums- bzw. Mietverhältnissen. Wir hoffen, dass sich die betroffenen Parteien

bald über ihre Ansprüche einigen – zum Vorteil des Lainzer Platzes.

Glöckel-Schule: Ein positives Beispiel ist die bevorstehende Sanierung der Otto-Glöckel-Schule in der Veitingergasse 9. Die Fassade wird nicht mehr lange ein "Schandfleck" sein. Auf rot-grünes Drängen wurden doch noch 189.000 Euro für die Sanierung ins heurige Bezirksbudget aufgenommen.



ehemalige Länderbankfiliale
Lainzer Straße 2

Ideen für die Meytensgasse

Die Meytensgasse in Ober Sankt Veit wird in dem kurzen Abschnitt zwischen Spohrstraße und Bossigasse gleich von drei (!) Buslinien befahren: vom 53B, 54B und 55B. Der in schlechtem Zustand befindliche Fahrbahnbelag verursacht vor allem beim Befahren durch die Autobusse ein Rumpeln, das für die AnrainerInnen eine Lärmbelastung darstellt. Die "Tempo 30"-Beschilderung ist schlecht sichtbar, was dazu führt, dass von der Spohrstraße in die Meytensgasse abbiegende Fahrzeuge oft zu schnell unterwegs sind.

Um die Situation zu verbessern, brachten wir in der Bezirksvertretungssitzung am 20. Februar zwei Anträge (denen sich auch LIF-Bezirksrat Thomas Wieshofer anschloss) ein: In einem wird vorgeschlagen, ein "Tempo 30"-Piktogramm auf der Fahrbahn der Meytensgasse im betreffenden Stück anzubringen und ehebaldigst eine Sanierung des Fahrbahnbelags durchzuführen (der Antrag wurde dem Finanzausschuss zur Behandlung zugewiesen); im zweiten wurde eine Änderung der Linienführung der Buslinien vorgeschlagen, etwa durch eine Führung des 54B in Richtung Roter Berg über Spohrstraße und Schrutkagasse zur Bossigasse statt wie bisher über die Meytensgasse. Diese Variante wird derzeit geprüft.

Lösungen für die Münichreiterstraße gesucht

Die Münichreiterstraße ist in ihrem südlichsten Abschnitt ein beliebte Route für KFZ, die aus Richtung Süden kommend von der Lainzer Straße zur Stadlergasse und weiter über die St.-Veit-Gasse ins Wiental wollen. Die Breite der Münichreiterstraße, das hohe Verkehrsaufkommen und die Tatsache, dass oft sehr schnell gefahren wird, haben zu einer Belastung der AnrainerInnen in diesem Bereich geführt.

Ein grüner Antrag bei der Bezirksvertretungssitzung am 20. Februar, Lösungsvorschläge (seien es Aufdoppelungen, eine Reduktion des Fahrbahnquerschnitts, eine Geschwindigkeitsbeschränkung oder andere Maßnahmen, die eine Entlastung bringen) zu erarbeiten, wurde der Verkehrskommission zugewiesen. Die Diskussion läuft mittlerweile: Als eine Maßnahme wird überlegt, einen Fahrbahnteiler bei der Lainzer Straße zu errichten, um die von dieser geradeaus in die Münichreiterstraße einfahrenden Autos etwas zu bremsen.

Folgender von mir eingebrachter Antrag wurde in der letzten Bezirksvertretungssitzung mehrheitlich, gegen die Stimmen der Freiheitlichen, angenommen:

Die zuständigen Stellen werden ersucht, den frauendiskriminierenden Schriftzug "Bürgerdienst" am Amtsgebäude Hietzing in eine geschlechtergerechte Formulierung, z.B. "BürgerInnendienst" abzuändern. Sie werden weiters ersucht, den Druck von neuen Broschüren mit besonderem Bedacht auf geschlechtergerechten, antidiskriminierenden Sprachgebrauch zu veranlassen, sowie generell dem geschlechtergerechten Sprachgebrauch in Wort und Schrift besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Auf der Tafel "Bürgerdienst" ist die männliche Ansprechform gewählt, ebenso wie in den meisten Fällen in den Broschüren und Informationsblättern des Bezirkes: "Besucher", "Kunde", "Leser" etc., wodurch Frauen sprachlich unsichtbar gemacht werden. Obwohl sich die Gleichstellung von Frauen und Män-

Frauenpolitik in der Bezirksvertretung

nern nicht darin erschöpft, ist die sprachliche Gleichstellung, also das geschlechtergerechte Formulieren auf allen gesellschaftspolitischen Ebenen, ein Schritt in diese Richtung.

Gender Mainstreaming - was ist das? Definition lt. Europarat 1998: *GM ist die (Re-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung grundsätzlicher Prozesse, mit dem Ziel, eine geschlechtsspezifische Sichtweise in allen politischen Konzepten auf allen Ebenen und in allen Phasen durch alle politischen Entscheidungen beteiligten Akteu-rInnen einzubeziehen.*

Am 5. 12. 2001 wurde im zuständigen Gemeinderatsausschuss, aufgrund des Antrages von Monika Vana - Gemeinderätin und Frauensprecherin der Grünen Wien - der Beschluss gefasst, GM in die Praxis umzusetzen, als eine Strategie zur Ergänzung der aktiven Gleichstellungspolitik auf allen politischen Ebenen Wiens und auch auf Bezirksebene.

Budgets spielen dabei als mächtiges Instrument der Verteilung und Prioritätensetzung eine zentrale Rolle.

Auf meine Anfrage in der BV-Sitzung am 20.2. nach den konkreten Maßnahmen zur Umsetzung antwortete Bezirksvorsteher Gerstbach: Er fühle sich persönlich der Gleichstellung verpflichtet, da jedoch Gender Mainstreaming/GM nur eine Absichtserklärung sei, sei es nicht möglich, deren Auswirkungen auf das Bezirksbudget im Detail nachzuvollziehen.

Ich bin mit dieser Antwort natürlich nicht zufrieden, denn das Bezirksbudget muss mit dem Budget der Gemeinde Wien abgestimmt sein!

Bezirksrätin Brigitte Roth

Treffen der Bezirksgruppe jeden 1. und 3. Mittwoch des Monats um 19.30 Uhr beim „Lustigen Radfahrer“ in der Rohrbacher Str. 21. **Wir freuen uns auf Ihr Kommen!**
hietzing@gruene.at <http://hietzing.gruene.at>

DIE HIETZINGER GRÜNALTERNATIVEN Nr. 1/2002 - **Impressum und Offenlegung** gemäß §25 Mediengesetz: Medieninhaberin, H,V: zu 100%: Die Grünen - Grüne Alternative Wien, Bezirksgruppe Hietzing, Lindengasse 40, 1070 Wien; DVR 0527491. Grundlegende Richtung des Mediums: Medienarbeit im Sinne der Programme und Beschlüsse der politischen Partei Grüne Alternative Wien. Die Grüne Alternative Wien ist eine politische Partei, laut Satzung vertritt der Landesvorstand (Stefan Freytag, Robert Korbei, Alev Korun, Alessandra Kunz, Rüdiger Maresch, Barbara Neuroth, Ingrid Risha, Claudia Sommer-Smolik, Albert Steinhauser) die Partei nach außen. **Redaktion:** Gerhard Jordan, Ingrid Risha, Brigitte Roth. **LayOut:** Souterrain Group. **Druck:** Brücke Satz & Druck. Gedruckt auf Umweltschutzpapier

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Bitte schicken Sie mir Ihre Zeitung regelmäßig zu.
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren Verteiler für den grünen "E-Mail-Newsletter" auf.
- Mir fällt im Bezirk auf, dass:

Name:

Adresse:

Tel.:

E-Mail:

Postgebühr
zahlt
Empfänger

An die
Grüne Alternative
Bezirksgruppe Hietzing
Postfach 268
1131 Wien

An einen Haushalt

Zulassung: GZ02Z031850M, P.b.b., Verlagspostamt: 1130 Wien